

Arbeitsgemeinschaft Bayerische Bergbauern

Protokoll der Sitzung vom Freitag, 08.06.2018, 09.45 bis 14.00 Uhr im Generalsekretariat des bayerischen Bauernverbandes in München

Teilnehmer:

Alfons Zeller (Präsident der Arbeitsgemeinschaft);
MdEP Albert Deß mit Stv. Landrätin Heidi Rackl;
MdL Angelika Schorer (Agrarausschuss);
Anton Dippold und Raimund Becher (StMELF);
Dr. Peter Eggenberger, Michaela Künzl (STMUV);
Matthias Borst (BBV Generalsekretariat);
Georg Mair (Vizepräsident der ARGE), Jakob Müller, Hans Stöckl, Stefan Kloo (AVO);
Franz Hage, Christian Brutscher, Max Kögel und Geschäftsführer Dr. Michael Honisch (AVA)

Top 1 Begrüßung

Präsident Alfons Zeller begrüßt die anwesenden Mitglieder und geladene Referenten aus den Ministerien, die Einladung wurde fristgerecht versendet.

Alfons Zeller bittet die Teilnehmer zum stillen Gedenken an den verstorbenen AVO-Ehrenvorsitzenden Franz Steindlmüller.

Top 2 Berichte der Verbände

-

TOP 3 Agrarpolitik

Albert Deß äußert sich sehr enttäuscht über Agrarkommissar Phil Hogan, über die Art seiner Verhandlungsführung, als auch über die Gesetzgebungsvorschläge zur Zukunft der GAP. Er vertritt die Sache der Landwirte zu wenig. „Da laufen bei mir die Alarmsirenen“.

Zu den Vorschlägen – siehe Protokollanhang

Hauptkritikpunkte:

- Durch Verknüpfung der Direktzahlungen an Umweltziele sind die Gelder aus der zweiten Säule massiv gefährdet, wegen der Gefahr der Doppelförderung. Bei Verstößen gegen Umweltziele wäre (im Gegensatz zu Verstößen gegen das Greening) dann

eine Kürzung von nun 100 % der Direktzahlung möglich, weil es keine Basisprämie mehr gibt. Die EVP möchte wenigstens 50% der Basisprämie erhalten.

- Die Übertragung der Verantwortlichkeiten auf die Mitgliedsstaaten, wird insbesondere im föderalen Deutschland zu komplizierten Regelungen und deutlich mehr Bürokratie führen. Dann macht jedes Land seine eigenen Umweltauflagen – das sei das „Ende der gemeinsamen Agrarpolitik“.
- Außerdem wird die Einführung gekoppelter Zahlungen zu Marktgleichgewichten führen. Dabei hatte Deutschland bislang hier eine Vorreiterrolle. Durch die Gleichbehandlung von Acker und Grünland sind 1,6 Milliarden € in das Grünland geflossen. Deß spricht sich für spezifische Förderungen für das Grünland bzw. Koppelung im Rahmen der zweiten Säule aus.
- Die Anrechnung der vollen Löhne, die bei der Kappungsgrenze hinzugerechnet werden können ist „hochgefährlich“. Dies nutze vor allem den großen Betrieben im Osten. Es gäbe auch Abgrenzungsprobleme bei Genossenschaften, Aktiengesellschaften usw. Deß spricht sich allenfalls für eine Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils bei den Sozialabgaben aus.
- Die Kappungsgrenze für gemeinschaftliche Betriebsformen oder Genossenschaften führt zu Ungerechtigkeiten, wenn viele Bauern Mitglied sind. Wesentlich besser wäre eine rigorose Kappungsgrenze für ganz große Ackerbaubetriebe und ein größerer Zuschlag für die ersten Hektare. Deß hatte einen Antrag erfolgreich eingebracht, wonach kein Betrieb mehr als das Doppelte vom EU Durchschnitt der Erste-Säule-Gelder bekommen darf. Solche Obergrenzen der Direktzahlungen /ha helfen, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, auch damit Pachtpreise nicht in exorbitante Höhen davon schließen.

Die vergleichsweise moderaten Kürzungen, die durch Finanzkommissar Oettinger angekündigt wurden, der Erhalt der 2-Säulenstruktur, mehr Spielräume der Mitgliedsländer, der Zuschlag für die ersten Hektare mit Einführung von Obergrenzen/Degression zählen zu den erfreulicheren Punkten.

Deß sieht Grund zur Gelassenheit, „die Reform wird sich nicht so schnell umsetzen lassen.“ Die Vorschläge seien zu weitgehend (Revolution statt Evolution), und sie müssen im Parlament behandelt und abgestimmt werden. „Wir werden alles dafür tun, dass diese Reform nicht in dieser Weise beschlossen wird.“ Zur ersten Lesung werden wir vor der Wahl ins Parlament gehen. Dann kann der Wähler sehen, wie die GAP diskutiert wird. Sicher wird es wieder tausende Änderungsanträge geben.

Zeller: Ein Vorteil der bisherigen GAP war die Sicherung der Einkommen der Betriebe über die 1. Säule. Jetzt kommt es zu stärkerer Renationalisierung. Die Bindung an die Löhne wird zu großer Bürokratie führen. Für die Familienbetriebe eine Katastrophe.

Deß bestätigt: Die Bürokratie wird sicher mehr werden. Die Beamtenverbände hätten daran ihren Anteil. 80% der Bürokratie in Brüssel „schreibt sich deutsch“. Deß erklärt, in der Frak-

tion laufe alles bei ihm zusammen. Bei der Ablehnung der delegierten Rechtsakte habe jedoch ein großer Teil der EVP Fraktion nicht hinter ihm gestanden.

Angelika Schorer kritisiert ebenfalls die niedrige Kappungsgrenze bei voller Anrechnung der Lohnkosten, die Umweltauflagen der ersten Säule sowie das fehlende Bekenntnis allgemein zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Sie befürchtet, dass sich diejenigen Kräfte in der Gesellschaft durchsetzen, die „eine andere GAP“ wollen, in der nur noch Umweltleistungen honoriert werden. Zeller ergänzt, diese Entwicklung werde durch die Medien befeuert.

Georg Mair spricht sich, anders als Deß, für die Einführung gekoppelter Zahlungen für die Berggebiete aus. „Die, wo die Arbeit haben, sollte man nicht vernachlässigen.“ Auf Alm- und Alpflächen sollte zudem die Degression nicht gelten, weil hier Skaleneffekte nicht realisierbar sind.

Franz Hage unterstützt den Vorschlag, den Arbeitgeberanteil der Sozialkosten bei der Festsetzung von Obergrenzen der Direktzahlungen zu berücksichtigen.

Deß spricht sich für eine stärkere Konvergenz der Direktzahlungen aus, weil in den Ostländern rund 80 % der Produktionskosten gleich denen im Westen seien. „Es sollte eine Annäherung erfolgen, nicht ein vollständiger Ausgleich.“

Matthias Borst sieht Nachbesserungsbedarf beim Begriff „echter Betriebsinhaber“. Klärung bedarf es für Betriebe mit Einkommensdiversifizierung, Nebenerwerbsbetriebe usw. Viel politischen Zündstoff berge auch die Umschichtungsmöglichkeit von bis zu 30 % der Fördermittel von der ersten in die zweite Säule.

Deß: „Ich verstehe die EU-Kommission nicht, Bürokratie wird mit dieser neuen Reform nicht abgebaut. Wir sollten eine Kappungsgrenze für ganz große Ackerbaubetriebe finden.“ Aber durch Kappung alleine fließe kein Geld nach Bayern. Er spricht sich für die Möglichkeit, auch die durchschnittliche Feldgröße eines Betriebes zu berücksichtigen, aus. Borst hierzu: dafür bräuhete es ein gleiches Flächen-Referenzsystem, die Größe der Feldstücke müsse genau definiert sein. Ansonsten habe dieser Ansatz durchaus Charme.

Zeller: „Der gesellschaftspolitische Einfluss der NGO's ist zu hoch.“ Von den Medien werde dies aufgegriffen und eine Hetze gegen die Landwirtschaft betrieben. Stichwort Insektensterben. Die Arbeitskraftberücksichtigung ist gefährlich. Positiv sei die Umverteilungsprämie.

Abschließend gibt Deß einen Ausblick: bis 2023 wird es keine neue GAP geben. Bis dahin bleibt die zweite Säule wie sie ist. Mit dem Ziel, für die zweite Säule eine Übergangslösung zu bekommen, konnte Deß sich im europäischen Parlament nicht durchsetzen.

Anton Dippold: Für uns bedeuten die Vorschläge der EU-Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik den „worst case: es gibt weniger Mittel und mehr Auflagen!“ Berlin würde die wenigen guten Ansatzpunkte gegebenenfalls wieder heraus verhandeln; die Kappung, die Definition des echten Landwirts und auch die Gesamtfinanzierung. „Der Rest sind dann die unangenehmen Dinge“, die Konditionalitäten usw. Es gelte die Kräfte zu bündeln, um bayeri-

sche Interessen zu wahren. Er empfiehlt den Verbänden, öffentlich zu kommunizieren, dass die bestehenden Erwartungen an die GAP nicht erfüllt werden.

Zeller: „Die neue GAP geht in Richtung Nationalisierung. Hierbei stellt sich die Frage nach Spielräumen.“ Außerdem sei eine Verschärfung des Kontroll-Niveaus zu befürchten, denn die Mitgliedsstaaten müssen nachweisen, dass sie die Ziele erfüllen. Töpfe aus Forschung und Umwelt seien gegebenenfalls zu nutzen, wenn es die Berglandwirtschaft berührt, zum Beispiel betreffend Düngeverordnung.

Dippold: Andere Töpfe in der EU sind kein Ersatz für wegfallende Direktzahlungen. Forschungsgelder sind schwer zu akquirieren.

Top 4 Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes in der FFH Richtlinie

Die Arbeitsgemeinschaft ist optimistisch hinsichtlich der weiteren Behandlung. Deß wurde hier „Wir sind hier auf einem guten Wege.“ Mair: Der Kabinettsbeschluss ‚Aktionsplan Wolf‘ sei aus Sicht der Almbauern positiv zu bewerten.

Top 5 Marktinstrumente

Zeller: Auf dem Milchmarkt würden verschiedene Markt Krisen-Instrumente diskutiert, unter anderem auch die Absicherung über Termin-Geschäfte. Derartiger Börsenhandel sei letztlich wohl aber für den einzelnen Landwirt zu kompliziert.

Dippold: Aus Sicht des Ministeriums seien in erster Linie „anständige“ Lieferverträge gefragt. Es brauche keine von der EU erzwungenen Risikomanagementsysteme. Im Markt müssten sich die Marktpartner verständigen. Gleichwohl müsse auf europäischer Ebene ein Kriseninstrumentarium existieren. Dies müsse nicht in jedem Falle angewendet werden. Bereits seine Existenz könne Gutes bewirken. In jedem Falle seien gute Direktzahlungen die beste Absicherung. Der Krisenfonds wird fortgeführt, denn der Markt richtet es leider nicht immer auf die Weise, die wir wollen.

Borst: Es sei genau zu differenzieren, zwischen steuerbegünstigten Rücklagen und Versicherungssystemen. Bei Entschädigungszahlungen über Versicherungen gehe ein Teil über die Mehrwertsteuer oder über deren Verwaltung verloren. Von steuerbegünstigten Rücklagen werden vermutlich am ehesten spezialisierte Milchviehbetriebe Gebrauch machen. Es gehe darum, „die Spitzen zu glätten“.

Zeller sieht nur begrenzte Möglichkeiten einer steuerlichen Lösung für die kleinen, bergbäuerlichen Betriebe. Es sind zumeist 13 a Betriebe.

TOP 6 EUSALP

Peter Eggenberger betont den Wunsch einer gemeinsamen Abstimmung der EUSALP Themen vorab mit der Arbeitsgemeinschaft. Man komme damit auch dem Wunsch des Bauernverbands entgegen, die Menschen vor Ort und auch die Verbände in die Aktivitäten der EUSALP einzubinden. Ein entsprechender Antrag wird in den Landtag eingebracht. Zweitens soll für mehr Transparenz gesorgt werden. „Wir werden den Tiroler Vorsitz bitten, die EUSALP-Strukturen klarer werden zu lassen.“ Drittens Förderung: Das Life- Programm der Europäischen Union sei zwar besser ausgestattet worden, dabei werde auch das Thema Grüne Infrastrukturen (GI) eine Rolle spielen. In seiner Ausrichtung sei es jedoch noch zu sehr Natura-2000-lastig. „Der Umwelttopf ist aber kein Ersatz für Direktzahlungen“, lediglich für Teilbereiche geeignet, um Gelder für Umweltaufgaben einzusetzen abzuziehen, ohne den Agrarretat zu belasten. Wesentliche Einige EUSALP Ziele sollen gegebenenfalls auch aus dem Strukturfonds heraus finanziert werden. „Es liegt an uns, die die verschiedenen EUSALP Maßnahmen zu definieren und dies dann in die Programme hineinzubringen.“ Hier seien viele Möglichkeiten gegeben.

Michaela Künzl: In Vorbereitung auf das EUSALP-Treffen nächste Woche, wo Bayern seine GI-Themen vorstellen wird, hatte das Umweltministerium an die ARGE-Verbände eine Anfrage zu den bisherigen Themenvorschlägen verschickt. Die ARGE-Verbände hatten geantwortet, ohne inhaltliche Konkretisierungen zu machen. Wenn es um die Ausgestaltung gehe, wollten Nutzer- und Eigentümer-Verbände eingebunden werden. Es käme auch vom BBV ~~[von wem ?]~~ die Anregung, das Thema „Große Beutegreifer“ mitzunehmen. In den Rückmeldungen wurde der ‚Erhalt der Berglandwirtschaft‘ als weiteres Thema genannt vorgeschlagen. Die Verbände favorisierten die Unterstützung der Betriebe als Element zum Erhalt der GI im Alpenraum und ihres mehrfachen Werts für die Gesellschaft und können sich eine Behandlung vorstellen, ähnlich wie beim Thema Bergwald.

Herr Borst bietet an, über die COPA die Kompetenz des Bauernverbands in die Arbeit der AG Z einfließen zu lassen. Allerdings „können wir nicht Agrarpolitik in der reinsten Form machen, dafür gibt es die etablierten entsprechenden Gremien“, so Eggenberger.

Honisch betont die gemeinsame Schnittstelle von Landwirtschaft und Umweltschutz, im alpinen Raum die Kulturlandschaft zu pflegen und die Flächen in Nutzung zu halten. Er mahnt eine konsequente Haltung zum Thema Große Beutegreifer an.

Dippold ist nicht ganz klar, wie die Intention gedacht ist. Man brauche nicht noch weitere politischen Willensbekundungen, dazu gäbe schon genügend andere Gremien. „Neue Resolutionen alleine brauchen wir nicht“. Wenn man das Thema aber ernst nähme, bräuchte es einen „Kümmerer“, ein ORGA-Team o.ä.. Dies mache einen erhöhten personellen Aufwand erforderlich.

Borst geht es auch um die Wertschätzung der Berglandwirtschaft, er empfiehlt, Know-how und Wissen der Berglandwirtschaft in die Bearbeitung der Themen mit einzubringen.

Zeller äußert sich kritisch gegenüber den bisher versandten Themen, diese seien nichts Neues. Die Schutzkategorien (Moore Trockenwiesen usw.) gäbe es ja schon. Die künstlichen Formulierungen seien zu weit weg von der Praxis.

Kloo erinnert daran, dass es Almen und Alpen mit ihren vielfältigen Biodiversitäts-Leistungen primär nur noch aufgrund der Förderungen aus dem Landwirtschaftssektor gibt. Dennoch werden die Flächen und Viehbestoß weniger. Für ihn stellt sich die Frage, ob die Umweltseite sich nicht stärker fördertechnisch beteiligen könnte.

Zeller: Gelder sollen nicht mit noch mehr Bürokratie und Auflagen versehen sein!

Honisch betont den Nachhaltigkeitsaspekt, damit die Notwendigkeit, die Betriebe in den Berggebieten zu erhalten.

Eggensberger ruft die Notwendigkeit in Erinnerung, beide Welten - Natur und Landwirtschaft - miteinander zu verbinden. Aufgrund ihres gesamtgesellschaftlichen Wertes müssen landwirtschaftliche Tätigkeiten aufrechterhalten bleiben. „Wir geben Ihnen einen Weg, Argumentationshilfen zu finden, die Landwirtschaft in Ihren Raum aufrecht zu erhalten.“

Dippold bemerkt, die klassische Förderung würde weiterhin erhalten bleiben. Nur nach neuen Förderungen allein zu fragen, sei zu wenig. Andere Beteiligungsformen aber, wo es neue Allianzen gibt, das bleibe spannend, es müssten sich aber Leute darum kümmern, schließlich gehe es ja auch um 48 Regionen im Alpenraum.

Künzl nimmt mit: Berglandwirtschaft aus betrieblicher Sicht soll ein Thema sein, möglicherweise Weise modellhaft verknüpft mit Aspekten der Vermarktung und Aufbau von Wertschöpfungsketten.

Zeller äußert sich wiederholt kritisch. Es gäbe schon so viele Ansätze in dieser Art. Er mahnt an, nicht noch mehr Gremien oder Beamtenstellen zu schaffen. „Ich warne vor übergestülpten Programmen.“ Das schaffe nur mehr Verwaltung /Bürokratie und nutze draußen nichts, „wenn etwas funktioniert, dann ist es, wenn die Leute vor Ort es selber anpacken.“

Kloo bestätigt, es gäbe viele Trittbrettfahrer bei Markenprodukten. Die großen Handelsketten kaufen sich frei, in dem sie dem WWF „Geld in den Rachen schmeißen“. Dabei werden aber diejenigen NGO's gefördert, die der Alpwirtschaft schaden (Wolfsdiskussion). Vielleicht ließe sich dies auch mal im Rahmen von EUSALP thematisieren. AVO oder AVA als Logo auf den Produkten wäre vielleicht ehrlicher.

Eggensberger nimmt die Diskussion auf, wie Streuobstwiesen erhalten werden könnten. Er unterstreicht den aus Naturschutzsicht eher neuen Ansatz, die betriebliche Sicht mit hinein-zubringen, „haben die Betriebe zu leben, dann bleiben auch die wertvollen Flächen erhalten“.

Zeller unterstreicht den Ansatz erst zu analysieren, warum naturschutzfachlich wertvolle Wirtschaftsformen zurückgehen und dann zu fragen, „wie kann man die Bewirtschafter besser unterstützen“ und den Bedarf dann europaweit zu formulieren.

Auch Borst äußert sich zurückhaltend, nur nach Förderprogrammen zu fragen, dies sei zu wenig. Wertschöpfungsaspekte, regionale Produkte in Wert setzen, seien wichtige Aspekte. Innovationen, Kooperationen oder Best-Practice Beispiele sollten auf europäischer Ebene berücksichtigt werden. Er betont die Bedeutung des Nachhaltigkeitsaspekts.

Raimund Becher erklärt, innovativ sei der EUSALP-Ansatz, auch die urbanen Zentren mit einzubinden. Hier ließen sich evtl. neue Kooperationen mit Marktpartnern bilden.

Dippold wiederholt seine Forderung, diese Themen müssten letztlich in ein Programm rein, das erfordere aber größeren Aufwand. Nur Diskutieren bringe nichts, „da verlieren wir nur Zeit.“ Viele Akteure und Ebenen müssten zusammen kommen, dann wären auch neuen Wege möglich.

Michaela Künzl nimmt für die nächste Woche mit: die Verbände möchten weiterhin informiert werden und befürworten die frühzeitige und vollständige Beteiligung der Betroffenen Menschen vor Ort. Sie unterstreichen die Notwendigkeit des Erhalts der Berglandwirtschaft als nachhaltige Nutzungsform zum Erhalt grüner Infrastrukturen. Eine ernsthafte Befassung mit dem Thema „Erhalt der Berglandwirtschaft“ im Rahmen der EUSALP mache nur Sinn, wenn durch intensive personelle Unterstützung (z.B. über Projektmittel) und fachliches Know-How innovative, nachhaltige Wege der Programmierung bzw. Inwertsetzung auf europäischer Ebene beschritten werden können.

TOP 7 Verschiedenes

Vom Almwirtschaftlichen Verein Oberbayern wurde zu Wochenbeginn an Staatsministerin Michaela Kaliber ein Brief gesandt. Der AVO begründet darin, warum er den geplanten Umgang mit degressiven Zahlungen von Gemeinschaftsalmen und Genossenschaften nicht mittragen könne. Dippold äußert sich befremdet und möchte wissen, ob die getroffenen Vereinbarungen mit den Verbänden noch Bestand haben.

Georg Mair erklärt, die gemeinsamen Vereinbarungen zur Abgrenzung der Berggebiete und zur Benachteiligten Zone würden sehr wohl weiter gelten. Enttäuscht zeigt er sich aber über die geplante Absenkung der Degressionsschwelle von 100 auf 75 ha. Gemeinschaftsalmen würden zudem nicht profitieren, da die Flächen unter den Mitbesitzern getrennt beantragt werden.

Kloo ergänzt, das Ministerium habe sich nicht an die Vereinbarung gehalten, in der immer von 100 ha als Grenze die Rede war. Nun wären deutlich mehr Betriebe betroffen. „Das ist für uns eine neue Situation“. Er bemängelt, als AVO nicht ausreichend vorher informiert worden zu sein.

Dippold widerspricht und erinnert an das Zu-Stande-Kommen der Neuregelung in Absprache mit den Verbänden, die Absenkung auf 75 ha sei nicht neu und bereits mehrfach kommuniziert worden.

Honisch wünscht bei wichtigen Anliegen mehr Abstimmung innerhalb der ARGE-Verbände. Tatsächlich sei aber nicht klar, ob die Kommission die Bemessung der Ausgleichzulage allein auf Ebene der Alpe akzeptiert oder ob nicht auch die Flächen des Talbetriebs mit angerechnet werden. Vor diesem Hintergrund gewinne die Absenkung auf 75 ha an Bedeutung.

Borst bemängelt, der Bauernverband habe den Brief überhaupt nicht erhalten. Herr Mair entschuldigt sich dafür. Er betont jedoch die Eigenständigkeit seines Verbands.

Dippold erklärt, „das Ganze“ sei noch nicht abgeseget durch die EU Kommission. Bei allen Gesprächen, so bei der Exkursion in Garmisch, bestanden jedoch seitens der EU keine Einwände gegen das Vorgehen, die Gemeinschaftsalmen und Genossenschaften separat zu behandeln.

Zeller betont die Notwendigkeit einer Degressionsregelung, da es sonst für die kleinen Betriebe kein Extrageld gibt. Besonders den privaten Großgrundbesitz gelte es zu beschneiden, die ersten Hektare müssten weiterhin besser gefördert werden.

Borst greift die im Brief angesprochene strukturelle Kritik auf. Es werde ja nicht allein mehr Geld gefordert. Im Vordergrund stünden Einzelinteressen, damit werde die gesamte Bewertungsgrundlage infrage gestellt. Dies könne zu Verzögerungen führen, doch müsse ab 1. Januar 2019 das neue Ausgleichzulage-Modell stehen.

Zeller regt an, die möglichen Auswirkungen dieser Absenkung auf 75 ha genau auszurechnen. „Die gesellschaftliche Akzeptanz der Ausgleichzulage muss weiterhin gegeben sein.“ Die Degression sei daher an sich unstrittig. Über Ausnahmen bei der Ausgestaltung für gemeinschaftlich bewirtschaftete Almen und Genossenschaftsalpen sollten sich die Verbände einig sein.

Immenstadt, 14.06.2018

Für das Protokoll



Dr. Michel Honisch
Geschäftsführer



Alfons Zeller
Präsident